



Namenstag



Seite 2

Walpurgis



Seite 6

Gleimviertel



Seite 8

Namensdebatte mit Zwischenergebnis, aber als

Zangengeburt

Die Fortsetzung der V. Tagung der BVV, die vierzehn Tage vorher unter spektakulären Bedingungen begonnen hatte (extraDrei berichtet), fand am 28. März ihre von den Bürgerinnen und Bürgern weniger beobachtete, trotzdem aber folgenreiche und schwierige Fortsetzung. Gegen 20 Uhr 30 wurde der Tagesordnungspunkt 29 aufgerufen, und damit war nach dem „Zeitspiel“ insbesondere der CDU-Fraktion auf der letzten Zusammenkunft der

eingebrachten Änderungsanträge nun auf der Grundlage des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen oder des von der PDS eingereichten Antrags beraten wurde. Ein erster Abstimmungsgang sorgte für Verwirrung, weil er unentschieden (39 zu 39 Stimmen) verlief. Eine Wiederholung der Abstimmung gab dann den Ausschlag für den PDS-Antrag (42 zu 39 Stimmen).

BVV der Weg für die Bezirksverordneten frei, sich endlich erneut im parlamentarischen Rahmen der Namensdebatte zu widmen.

Da zum selben Gegenstand zwei unterschiedliche Anträge vorlagen, mußte sich die Versammlung zunächst entscheiden, ob sie die zahlreich

In der nachfolgenden – für den Beobachter quälenden – Debatte redeten die Gegner des PDS-Antrages und seine Befürworter einmal mehr gepflegt aneinander vorbei: die eine Seite sprach von nebulösen Identitäten oder bemühte die Geschichte der Stadt Berlin; wobei jedoch geflissentlich unterschlagen wurde, daß in den ersten dreizehn Jahren von Groß-Berlin um nichts so heftig gestritten wurde, wie um den Namen der Stadtbezirke – wie zum Beispiel in Pankow. Die Befürworter des PDS-Antrages betonten dagegen, daß eine befriedigen-

de Lösung für sie nur in der Numerierung der Bezirke liegen können, die jedoch nur auf gesamtstädtischer Ebene erreicht werden könne. Ein erster Schritt in diese Richtung ist ihrer Meinung nach das vorgeschlagene Provisorium, dessen Unhandlichkeit jedem im Saale klar war.

Nach etlichen Auszeiten und Pausen (auf Verlangen der CDU mußten alle Änderungsanträge einzeln in namentlicher Abstimmung beschieden werden) und einem letzten Versuch der CDU, die Angelegenheit durch Überweisung in den Haushaltsausschuß wieder auf die lange Bank zu schieben – was scheiterte – stimmten gegen Mitternacht endlich und wiederum namentlich 42 Bezirksverordnete für den PDS-Antrag, 33 dagegen, einer enthielt sich und zwei Mitglieder der CDU-Fraktion machten ihre Stimme, wie man annehmen muß, vorsätzlich ungültig.

Wolfram Kempe



Offen gefragt

Die CDU verliert mehr und mehr die Selbstkontrolle. Folgt man ihrem neuen Kreisvorsitzenden, steht unser Bezirk nach der Korrektur der Namensentscheidung durch die BVV kurz vor dem Chaos: „Die Bürger fühlen sich veralbert, die Geschäftsinhaber rechnen mit zusätzlichen Kosten, die Gaststätten und der Tourismus fürchten weitere Imageverluste“. Schuld an diesem „NamensGau“ sei – na, wer schon – die PDS, die „Bürgerunmut für eigene Machtinteressen ... mißbrauchen und die Demokratie lächerlich ... machen“ wolle.

Ja, Demokratie ist so ein eigen' Ding, besonders wenn man in der Minderheit ist. Aber ernst: Können Demokraten zehntausendfachen Bürgerunmut über eine unsensible Entscheidung einfach ignorieren? Das sind doch nicht nur einige „Berlin-Deppen“, als die sie der „CDU-

KiezKurier“ diffamiert. Die (alt-)Pankower CDU-Bezirksverordneten müßten sich doch daran erinnern, daß die BVV Pankow 1999 einen Namensentscheid – die Umbenennung der Berliner Straße in Garbátystraße – rückgängig gemacht hat, weil das auf tausendfachen Widerstand der Betroffenen gestoßen war. Seinerzeit gehörte die CDU zu den „Förderern“ des Bürgerwillens, mußte sich die PDS korrigieren, wurde eine vernünftige Lösung gefunden. Warum sollte das nicht auch diesmal möglich sein?

Ich weiß: in den vergangenen Wochen sind Emotionen künstlich geschürt, Gefühle verletzt worden. Aber muß man denn auf Ignoranz und Arroganz in gleicher Weise antworten? Ich bin gerne Pankower und möchte es bleiben – im „3. Bezirk“ oder in „Nordost“ oder...

Klaus Gloede

BVV-Beschluß

zum Bezirksnamen (PDS-Antrag Ds. VI-107/01)

1. Die Bezirksverordnetenversammlung hebt ihren Beschluß vom 6.12.2000 zum Namen des Fusionsbezirkes Pankow/Prenzlauer Berg/Weißensee auf.
2. Das Bezirksamt wird beauftragt, sich im Rat der Bürgermeister und beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, daß die Verwaltungsbezeichnungen aller Berliner Bezirke einheitlich entsprechend den Ausführungen der Verfassung von Berlin (VvB) durch Numerierung erfolgt.
3. Bis zu einer einheitlichen Regelung des Landes Berlin zur Benennung seiner Verwaltungsbezirke, mindestens jedoch bis zum 31.12.2001, führt der Fusionsbezirk Pankow/Prenzlauer Berg/Weißensee entsprechend dem Wortlaut der VvB, Art. 4, Abs. 1 in seiner geänderten Fassung vom 1.1.2001 den Namen „3. Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow von Berlin“. Auf eine Beschilderung von Einrichtungen des Bezirksamtes mit dem vorläufigen Bezirksnamen wird verzichtet.
4. Sollte eine für das Land Berlin einheitliche Regelung nicht erreicht werden, beschließt die BVV ab dem 1.1.2002 über den Bezirksnamen neu, hierbei sind insbesondere Ergebnisse von Bürgerbegehren zu berücksichtigen.

Nur ein Possenspiel oder gar das blanke Chaos?

Pankow im 3. Bezirk von Berlin

Am 28. März 2001 hob die Bezirksverordnetenversammlung ihr „Pankow“-Votum vom 6. Dezember 2000 wieder auf. Damit folgte die BVV einem Antrag der PDS-Fraktion.

In den zurückliegenden Wochen hatte es unüberhörbar Kritik an der Namensentscheidung „pro Pankow“ gegeben. Hunderte Briefe von Bürgerinnen und Bürgern gegen den Fusionsbezirksnamen „Pankow“ erreichten die PDS-Fraktion, mehrere Unterschriftensammlungen (gut 10.000 Unterschriften) wurden dem BVV-Vorsteher übergeben.

Auch für die PDS-Fraktion kam das damalige Votum der BVV für den Namen „Pankow“ völlig überraschend. Die PDS-Fraktion sprach sich für einen „neutralen“ Bezirksnamen aus – „Dritter Bezirk“. Unbestritten war bis dahin in unserer Fraktion die Empfehlung der von den alten Bezirksämtern zur Namensfindung eingesetzten Jury, für die Benennung des neuen Fusionsbezirkes nicht auf die alten Bezirksnamen zurückzugreifen. Schwer wurde uns in den folgenden Wochen der Umgang mit der knappen Entscheidung der BVV für Pankow. Zahlreiche Befürchtungen fanden Bestätigung: der Name „Pankow“ wurde in Weißensee und Prenzlauer Berg vielfach als Symbol der Eingemeindung verstanden und die „Pankow“-Befürworter mußten erleben, wie in der ausufernden Polemik letztlich auch die „Pankower“ Bürgerinnen und Bürger verletzt wurden.

Und die PDS-Fraktion zeigte sich in dieser Debatte sehr zerrissen. Einerseits hatten in der Abstimmung am 6.12. auch vier PDS-Verordnete für „Pankow“ votiert, andererseits weitere sieben Verordnete (ein Fünftel der Fraktion) zur Abstimmung gefehlt. Nun war uns zusätzlich ein Streit für oder gegen Pankow entstanden, der alle sehr belastete. Von den Pankow-Befürwortern in CDU und SPD war vor

allem die Abkehr von „Prenzlauer Berger Sitten“ proklamiert worden. Beschimpfungen als Chaoten-, Abriß- oder Ludenbezirk taugten nicht, Prenzlauer Berger mit dem Namen Pankow zu versöhnen. Im Gegenteil, auf allen Seiten wurde der Lokalpatriotismus verfestigt.

Aus dieser Situation suchte die PDS-Fraktion einen für die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Fusionsbezirk akzeptablen Ausweg. Denn die fortgesetzte Beschimpfung „der Pankower“ oder der „Prenzlauer Berger“ und das Ignorieren Weißensees wollten wir nicht länger hinnehmen. Und so folgten wir mit unserem Antrag dem Vorschlag unseres Bezirksvorstandes, das Verfahren um die Namensgebung für den Fusionsbezirk wieder zu öffnen.

Wir verstehen den jetzt beschlossenen Bezirksnamen „3.“ (Bezirk) „Prenzlauer Berg, Weißensee und Pankow von Berlin“ ausdrücklich nicht als Lösung, sondern als sichtbares Provisorium. Als Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger, sich erneut in die Namensdebatte einzubringen und den „Kampf“ des einen Altbezirkes gegen den anderen zu beenden. In diesem Namensprovisorium, das wir übrigens wortgleich der Berliner Verfassung entnommen haben, finden sich zunächst gleichberechtigt alle drei Altbezirke wieder – auch Pankow, denn das Provisorium soll nicht gegen Pankow verstanden sein.

Zugleich haben wir mit diesem Antrag unseren Willen bekräftigt, für eine neutrale berlinweite Bezirksbezeichnung durch Numerierung einzutreten, wie das in fast allen europäischen Hauptstädten, teils seit hunderten Jahren, üblich ist. Dazu haben wir nun einen stadtweiten Diskussionsprozeß ausgelöst. In mehreren Bezirken findet unser Vorstoß inzwischen Unterstützung, denn auch dort sind nicht alle Namensdebatten abgeschlossen. Unter einer Numerierung könn-

ten alle historisch gewachsenen Stadt- und Ortsteilbezeichnungen in ihrer ursprünglichen Funktion fortbestehen – Pankow wäre ein Teil des 3. Bezirkes, wie es auch Prenzlauer Berg und Weißensee wären, aber eben auch andere Ortsbezeichnungen, wie Rosenthal oder Karow, Buchholz oder Blankenburg, könnten so in ihrer heute stadträumlichen Funktion deutlicher hervortreten.

Natürlich treffen wir mit unserem Numerierungsvorschlag auch auf Ablehnung, vor allem aber dort, wo ganz direkt die Majorisierung des einen Bezirksnamens über die übrigen Stadtteilnamen betrieben werden soll. Unklar bleibt bei allen Debatten, weshalb ausgerechnet die Bezeichnung einer Verwaltungsbehörde – und mehr ist schließlich die Bezirksverwaltung nicht – Heimat und Identität beinhalten soll.

Sicher gehört eine Debatte über den Bezirksnamen auf den ersten Blick nicht zu den vordringlichen Aufgaben der PDS-Fraktion, insbesondere angesichts der vielen gravierenden Probleme, vor denen der frisch fusionierte Bezirk steht. Andererseits hat bislang keine kommunalpolitische Frage in den letzten Jahren die Bürgerinnen und Bürger der drei alten Bezirke so sehr mobilisiert, wie eben jetzt die aktuelle Namensdebatte. Allerdings lagen und liegen die Schwerpunkte unserer kommunalpolitischen Arbeit viel mehr auf anderen „wirklichen“ Themenfeldern: Arbeiten, Wohnen, kommunale Infrastruktur, Förderung freier Träger, Schulnetzplanung und und... Leider finden diese Themen kaum Resonanz in der Öffentlichkeit, sind sie für Medien offenbar nicht so spektakulär und weniger berichtenswert.

Spätestens 2002 steht für den Bezirk eine abschließende Namensentscheidung an. Die PDS sollte in der nun wieder möglichen Debatte den Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam zuhören und dabei auch für ihre eigene Position werben.

Michael van der Meer



Aus der VI. Tagung der BVV am 11.4.2001

Schlechte Verlierer



Dieses Mal hat die BVV ohne CDU getagt. Die Frauen und Männer dieser Fraktion sind einfach mit der landesweiten Aufmerksamkeit für die bezirkliche Namensposse nicht fertig geworden. Bekanntlich hatte sich die BVV am 28.3. zu einer Zwischenlösung entschlossen. Das Bezirksamt beanstandet die Zwischenlösung zwar nicht, läßt sich aber Zeit, sie umzusetzen und bezeichnet den Bezirk einstweilen weiter mit „Pankow“.

Weil nun Dr. Axel Bielefeld (PDS) nicht die Sprache des Bürgermeisters verwandte, sondern die Bezeichnung, die das gewählte Gremium, dem er vorsteht, beschlossen hat, verließen die CDUler den Tagungssaal. Sie wollten an diesem Tage partout unter dem Namen „BVV Pankow“ debattieren. Die SPD-Fraktion hatte auch ihre Schwierigkeiten mit dem langen Bezirksnamen nach Verfassung und BVV-Beschluß. Sie wollte aber, wie ihr Fraktionsvorsitzender Klaus Mindrup erklärte, deswegen die Sacharbeit des demokratischen Bezirksremiums nicht weiter beeinträchtigen. Zwar hat der CDU-Ausmarsch die dann folgende Sach-

arbeit auch nicht beeinträchtigt, aber er war dennoch bedauerlich. Besonders für die CDU-Fraktion selbst. Hatte sie doch zwei Große Anfragen und vier Anträge in diese BVV-Tagung eingebracht, die nun sämtlich ohne CDU-Beteiligung abgearbeitet wurden.

Auf Antrag der PDS wurde das Bezirksamt verpflichtet, bis Juli 2002 einen Sozialbericht für den Bezirk zu erarbeiten. Dabei soll von den unterschiedlichen Erfahrungen in den Ursprungsgebieten ausgegangen werden. Der Bericht soll nach Sozialräumen gestaltet werden, Bedarf und Defizite in der sozialen Infrastruktur darstellen sowie Wohnen und Arbeiten als grundlegende Indikatoren der sozialen Lage be- greifen.

Verwunderung und Unmut hat dagegen die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Eingliederung von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt hervorgerufen. Die dazu gestellten Einzelfragen waren angetan, dem Zuhörer ein Bild vom „faulen“ Sozialhilfeempfänger zu vermitteln. Dem Bezirksamt sind keine Fälle von Sozialhilfe-Mißbrauch bekannt, erklärte der Be-

zirksstadtrat Kleinert (PDS) namens seines zuständigen aber abwesenden Amtskollegen.

In den Ausschuß Umwelt und Naturschutz wurde der Antrag der Bündnisgrünen überwiesen, der die Beräumung der Sellheimberge am Karower Kreuz einforderte. Es handelt sich hier um Deponien, deren Betreiber schon vor Jahren in Konkurs gegangen sind. Gefahr ist nicht im Verzug, wie die umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Dr. Marion Kaulitzki, erklärte. Die Zuständigkeit für die Beräumung liegt beim Senat. Die Kosten für die Beräumung sind immens. Sie können weder den Grundstückseigentümern, also ehemaligen Bauern, noch dem Bezirk aufgedrückt werden.

Zum Schloß Niederschönhausen ist das Bezirksamt durch einen Änderungsantrag der PDS aufgefordert, sich beim Senat für die Erstellung eines übergreifenden Nutzungskonzeptes für das Schloß selbst (Eigentum des Landes Berlin) und das umliegende Areal (Eigentümer Bundesrepublik Deutschland) einzusetzen.

Herbert Hanke

Aus den Ausschüssen

In den Ausschüssen Stadtentwicklung und Umwelt/Natur fanden mit der Fusion der Bezirke die ersten Sitzungen statt. Brennpunkte sind die weitere Entwicklung des Zentrums von Berlin-Buch, die Sicherung von Kleingartenanlagen im Prenzlauer Berg mit Veränderungen des Flächennutzungsplanes Berlins, die Erweiterung eines zukünftigen Landschaftsschutzgebietes um 61 Hektar südlich der Bundesautobahn 10 durch aktive Teilnahme am Verfahren der Senatsverwaltung und die Behandlung der Bauleitplanung für die Bauvorhaben in der Kastanienallee Ecke Friedrich-Engels-Straße in Rosenthal. Mit zweigeschossigen Wohngebäuden und

großflächigem Einzelhandel auf 4.350 Quadratmeter erhält Rosenthal an dieser Stelle eine wesentliche Verbesserung der städtebaulichen Situation. Im Zentrum von Buch geht es uns, den Vertretern der PDS in den Ausschüssen, unter anderem um die Unterstützung des gesamten Bauvorhabens vom Konsum Berlin. 20.000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche sollen hier neu entstehen und die vorhandenen Baulichkeiten ersetzen. Mit neuen Dienstleistungen, Gastronomie, einer Bibliothek und dem Ausbau des Marktes wird dieser Stadtteil besonders aufgewertet. Die bestehenden Verkaufsstellen, wie Rossmann, Fernseh-Schmidt, Extra-Markt und

Straus-Innovationen bleiben an diesem Ort. Zur Zeit versuchen wir, die Planungsentwürfe abzustimmen und die Bearbeitung im Interesse eines schnellen Baubeginns zu beschleunigen. Geklärt werden sollte unbedingt noch, daß der Panke-Grünzug an dieser Stelle erhalten bleibt und nicht durch eine weitere Brücke zum P+R Parkplatz und durch den Neubau eines großen Gebäudes eingeengt wird. Auch wollen wir zur Erweiterung des Marktes die Einrichtung einer Fußgängerzone erreichen, in dem der Fahrzeugverkehr aus dem nördlichen Teil der Walter-Friedrich-Straße herausgenommen wird.

Thomas Goetzke

Kleine Anfragen beantwortet

Alltag

■ Lärmbelästigung

In der Oderbruchstraße fahren seit Mitte der neunziger Jahre die modernen Niederflur-Straßenbahnen. Dafür wurde das Gleisbett vollständig erneuert. Aber die Lärmbelästigung ist gestiegen. Jetzt hatte sich eine Bürgerinitiative an den Senat und an die BVG gewandt. Diese gestanden ein, daß der Lärmpegel die zulässigen Höchstwerte übersteigt, stellten aber keine befriedigende Lösung in Aussicht. Darauf hin wollte der PDS-Verordnete Erich Wetzl vom Bezirksamt wissen, wie denn das Bezirksamt mit diesem Lärmproblem umgehen würde. Der zuständige Stadtrat, Hartramph (CDU), reagierte zwar auf diese Kleine Anfrage, beantwortete sie aber nicht. Er reichte lediglich einen „Textentwurf Stand: 6.12.2000“ der BVG weiter. Damit dürfte sich Wetzl nicht abspesen lassen.

■ Verkehrsberuhigungen

In diesem Jahr wird in der Wörther Straße zwischen Kollwitz- und Husemannstraße – also auf einer Länge von schlappen 40 Metern – eine Fußgängerzone eingerichtet. In der Mahlerstraße soll ein verkehrsberuhigter Bereich geschaffen werden, und zwar zwischen Meyerbeer- und Gounodstraße, das sind ganze 70 Meter. Und der Antonplatz wird Stadtplatz. Mehr hat der Großbezirk nicht zu bieten, geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage hervor.

■ Anbindung

Die dringend notwendige Verbindung zwischen Karow und der Bundesstraße 2 berührt nicht das Parkband Neue Wiesen, sondern wird durch das angrenzende Wäldchen geführt. Jedoch wird ein Parkplatz für die Besucher des Landschaftsparkes eingerichtet. Auch eine Lichtsignalanlage ist vorgesehen. Sie soll aber erst mit der Einbindung dieser Straße in Karow-Nord errichtet werden. Das hat der Be-

zirksverordnete Frommknecht (SPD) aus der Antwort auf seine Kleine Anfrage erfahren.

■ Kita-Privatisierung

Gibt es ein bezirkliches Gesamtkonzept zur Übernahme weiterer Kindertagesstätten in freie Trägerschaft, hatte Sascha Kummer (PDS) vom Bezirksamt erfragt. Gegenwärtig nicht, antwortete die zuständige Stadträtin Christine Keil (PDS), es sei aber in Arbeit, und soll bis Ende 2001 mit der „Kindertagesstättenentwicklungsplanung“ fertig gestellt werden. Für sieben Kitas liegen Anträge privater Träger vor.

■ Rückgang

Die Zahl der vertraglich vergebenen Kita- und Hortplätze ist von Oktober 2000 bis Januar 2001 um 1,2% in der Altersklasse zwischen drei Jahren und Einschulung und 3,0 bzw. 3,4% bei Kindern bis drei Jahren und bei Hortkindern zurückgegangen. Dennoch gibt es Wartelisten in besonders nachgefragten Einrichtungen. Eine Platzvergabe für sehr kleine Kinder ist nur in sehr wenigen Kitas möglich. Die Ursachen hierfür liegen bei der Verwaltungsbürokratie. Die Personalzumessung erfolgt jährlich und zwar jeweils nach dem Stand der Vertragsbindung per 1. Januar. Damit kann der natürlichen Fluktuation nur im Nachhinein entsprochen werden.

■ Denkzeichen

Im Februar dieses Jahres wandten sich drei Bürger aus dem Kiez um den Wasserturm an die „Bezirksverordnetenversammlung von Pankow/Prenzlauer Berg/Weißensee“. Sie hatten erkannt, daß am Wohngebäude Rykestraße 3 im Zuge der Fassadensanierung die Gedenktafel für den KPD-Funktionär Franz Huth entfernt worden ist. Dieser war – 27jährig – am 22. März 1933 von der SA-Einheit des Sturmbannführers Bergmann in der Hede- mannstraße 10 (Kreuzberg) erschla-



gen worden. Die Bürger erwarten, daß die gewählten Vertreter des Bezirks eine solche Schändung nicht hinnehmen werden. Bisher ist allerdings nichts geschehen, was hoffentlich so nicht bleibt.

■ Bearbeitungszeiten

Hilfe zur Pflege ist jedem Bedürftigen bundesgesetzlich garantiert. Sie muß beantragt werden. Der Sozialstadtrat, Dr. Andreas Bossmann (PDS), hat sich und seinem Leistungs- und Verantwortungsbe- reich (LuV) Soziales zum Ziel gesetzt, innerhalb von 4-6 Wochen über solche Anträge zu entscheiden. Das antwortete er auf eine Kleine Anfrage der Bezirksverordneten Frau Thieme. Für den Bereich der vollstationären Hilfe in Einrichtungen klappt das auch. Für die ambulante Pflege im Haushalt allerdings gibt es Bearbeitungszeiten von 8-12 Wochen. Ursachen sind in aller Regel unvollständige Antragsunterlagen. In dieser Zeit werden jedoch Pflegeleistungen im Sinne einer Notversorgung aufgenommen.

Rituale

Walpurgisnächte

Wie man den Prenzlauer Berg abriegelt.

(Foto: Hartmut Seefeld)

Ritualisierte Randalie scheint in Berlin zwei feste Termine zu haben: den Abend des 1. Mai in Kreuzberg und am Abend zuvor die Walpurgisnacht im Prenzlauer Berg.

Die Geschichte der Walpurgisnacht beginnt 1990 mit der Idee des „Weiberclan Kolle“, einer Gruppe von Frauen aus dem Unabhängigen Frauenverband und dem Neuen Forum, für sich und ihre Kinder an dem symbolträchtigen Datum ein Fest zu feiern. Draußen. Auf der Straße, die gerade erst seit einem dreiviertel Jahr wieder den Bürgerinnen und Bürgern Ostberlins allein gehörte. Und die Geschichte begann auf dem Kollwitzplatz, weil die Frauengruppe kurz zuvor direkt am Platz einen Laden mit Beschlag belegt hatte, den späteren Kiezladen Kolle 66, der damals noch ein Laden ausschließlich für Frauen und Kinder war. In Zeiten des Umbruchs konnte auch ein Kinderfest durchaus Teil der Rückeroberung des öffentlichen Stadtraumes sein, die im Herbst zuvor mit Demonstrationen begonnen hatte.

Im Rückgriff auf deutsche Märchen wurde also auf dem rampo-

1990:
Erstes Feuer



nierten Rasen des Kollwitzplatzes ein Feuer entzündet und als Brockenhexen verkleidete Frauen und Kinder liefen durch die angrenzenden Straßen und erschreckten die Passanten. In den folgenden beiden Jahren entwickelte sich aus dieser Mischung aus Frühlingsfest und Karneval ein lebhaftes und buntes Kiezfest, daß einerseits bei den Bewohnerinnen und Bewohnern immer mehr Zuspruch fand, andererseits aber auch immer mehr organisatorischen Aufwand erforderte. Die Westberliner Medien, die glaubten, hier ein Stück originärer Ost-Folklore entdeckt zu haben, taten ein übriges. 1994 schließlich stießen die Frauen vom „Weiberclan Kolle“ an ihre Grenzen: es kamen einfach zu viele Menschen.

1995 griff dann auch im Prenzlauer Berg bundesdeutsche Regelungswut. Die Aufbringung teuren Rollrasens auf den Platz erzeugte die absurde Situation, daß Berliner Polizisten diesen Rasen durch Gittersperren und schließlich auch mit Gewalt verteidigten. Es gab nicht wenige, die hinter der Ausbringung des Rasens vierzehn Tage vorher – nach dem bei allem Rekonstruktionsbedarf des Platzes niemand verlangt hatte – eine gezielte Provokation durch die Verwaltung vermuteten.

1996 wurde aus dem Kiez heraus der letzte organisierte Versuch unternommen, die Walpurgisnacht zu gestalten. Eine Gruppe von Leuten aus dem „Weiberclan“, dem Netzwerk Spielkultur, dem Kiezladen

Chancenlos

Gespräch mit Nilson Kirchner, für Bü90/Grüne in der BVV

Wie betrachtest Du rückblickend die letzten zehn Jahre Walpurgisnacht auf dem Kollwitzplatz?

Was ursprünglich als Fest von Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Kiez begann, ist letztlich am Zulauf aus der ganzen Stadt erstickt. Die Walpurgisnacht war ja Anfang der neunziger Jahre gar nicht auf den Kollwitzplatz fixiert. 1992 oder 93 beispielsweise fand sie auf der Freifläche vor dem Wasserturm statt. Schon 1994 war den ursprüng-

lichen Organisatorinnen das Fest zu groß geworden. Doch obwohl nichts organisiert war, kamen die Leute.

1995 eskalierte die Situation erstmals. Warum?

Letztlich aus nichtigen Gründen. Erstens fühlte sich sicher der eine oder andere Anwohner des Platzes durch die Menschenmenge gestört. Zweitens war der Platz gerade saniert worden, unter anderem mit teurem Rollrasen – was das Natur- und Grünflächenamt auf den Plan rief. Und drittens hat die Polizei nach Schema „F“ gehandelt: für sie war es eine nicht genehmigte Veranstaltung, die aufgelöst werden muß; außerdem ist das Entfachen

Kolle 66, den Jusos und Anwohnern tat sich zusammen und verabredete mit den Ämtern und vor allem mit der Polizei den Ablauf des Festes. Öffentliche Feuerstellen wurden eingerichtet und der Kontrolle der Feuerwehr unterstellt, die Polizei auf größtmögliche Zurückhaltung verpflichtet, eigene Ordner gestellt. Das Konzept war von Anfang an nicht unumstritten, denn all diese Vorbereitungen beschränkten die ursprüngliche Spontaneität des Festes. Ein alter Volvo, der wenige Tage vor dem Fest plötzlich in der Nähe des Kollwitzplatzes geparkt war und dessen Besitzer nie ermittelt werden konnte, machte alle Mühe der Organisatoren schließlich zunichte. Als er am frühen Morgen in Flammen aufging, war das der Vorwand für die Polizei, massiv und martialisch in den Kiez einzurücken, was zu einer Straßenschlacht führte.

Von da an war die Walpurgisnacht dem Selbstlauf überlassen, aus dem Kiezfest war eine jährlich wiederkehrende Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner des Kiezes geworden, die zwar Jahr für Jahr viele Leute anzog, von denen die meisten jedoch nur neugierig waren, wann und wo es denn wohl wieder zu Auseinandersetzungen

offener Feuer in der Stadt verboten. Dann lag das Kind im Brunnen und das Medienecho sorgte dafür, daß der 30. April im Prenzlauer Berg über die Stadt hinaus in den Randalekalender aufgenommen war.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse wurde im darauf folgenden Jahr versucht, gegenzusteuern. Warum gelang das nicht?

Die Organisatoren hatten im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei eine Deeskalationsstrategie verabredet. Das hat bis zwei Uhr morgens auch gut funktioniert. Dann ging ein Auto in Flammen auf und die verabredete Zurückhaltung der Polizei war ver-

mit der Polizei kommen würde. Ab 1997 riegelte die Polizei den Kiez mit großem Aufwand vollständig ab, so daß Anwohner nur nach mehrfachen Ausweiskontrollen zu ihren Wohnungen gelangen konnten: ein Tag kalkulierten Ausnahmezustandes. Dies wiederum führte dazu, daß 1998 die sogenannte „Revolutionäre 1.-Mai-Demo“ zum Kollwitzplatz führte. Angesichts der Auseinandersetzungen am Rande dieser Demonstration ließ sich der CDU-Verordnete Karl Hennig zu seinem dümmlichen Satz von der „Roten Kristallnacht“ hinreißen – eine Entgleisung, die die BVV Prenzlauer Berg noch bis ins Jahr 2000 hinein beschäftigte.

Angesichts der Tatsache, daß der Polizei in den Auseinandersetzungen immer mehr Dreizehn-, Vierzehn-, Fünfzehnjährige gegenüber stehen, versuchte die Polizeiführung erstmals im Jahr 2000 von sich aus im Mauerpark eine Alternativveranstaltung zu organisieren. Diese im Kiez sogenannten Polizeifestspiele konnten nächtliche Straßenschlachten auf den Magistralen des Bezirkes nicht verhindern. Sie führten durch die Vernutzung des Mauerparkes nur zu erheblichen Kosten für den Stadtbezirk und dazu, daß nicht nur die Bewohner

gessen. Der ortsfremde Einsatzleiter hat später die Verantwortung für den völlig überzogenen Polizeieinsatz übernommen. Die Presse hatte die Schlagzeilen, auf die sie den ganzen Abend gewartet hatte. Im Nachhinein würde ich sagen, wir haben damals einen Versuch unternommen, aber eigentlich hatten wir gar keine Chance. Hinterher wurden wir von allen Seiten beschimpft.

Wie bewertest Du die polizeiliche Abriegelung des ganzen Kiezes, die ab 1997 traurige Regelmäßigkeit wurde?

Durchaus ambivalent. Nach 1996 hatte niemand mehr eine Idee, wie



des Kollwitzkiezes durch Polizeikordons in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, sondern daß nun auch noch die Anwohner des Falkplatzes massiven Belastungen ausgesetzt sind.

Kaffeetrinken ...mit Sicherheit

(Foto: Stephan Pramme)

In diesem Jahr soll auf dem Kollwitzplatz ein professionell organisiertes Fest stattfinden. Mit der „Walpurgisnacht im Prenzlauer Berg“ hat das alles nichts mehr zu tun.

Wolfram Kempe

mit der Walpurgisnacht umzugehen sei. Wir mußten feststellen, daß es Randalierer auf beiden Seiten gab: bei der Polizei, aber auch bei denen, die aus immer entfernteren Orten anreisten. Wir haben hier auf beide keinen Bock. Mindestens das haben die Polizeikordons erreicht.

Willst Du einen Ausblick wagen?

Als die Walpurgisnacht angenommen wurde und wuchs, hatten wir die Hoffnung, daß die Leute in der ganzen Stadt an einem Tag dezentral Feste feiern, wie sie wollen. Das hat sich als Illusion erwiesen, genauso wie die Idee, daß ein Kiez für sich einfach mal ein Fest feiert.

Interview: Wolfram Kempe

Sozialraum Falkplatz

Bürgerverein Gleimviertel



Moritz Naujack ist Vorsitzender des Bürgervereins Gleimviertel e. V. Er ist 32 Jahre alt, gelernter Krankenpfleger, in einem Krankenhaus in Reinickendorf tätig. Als Bürgerdeputierter arbeitet er für die PDS-Fraktion im Gesundheitsausschuß der BVV mit.

Was will der Bürgerverein Gleimviertel und wer gehört ihm an?

Wir wollen eine Plattform für Bürgerengagement im und für den Kiez sein. Unser Sozialraum erfährt einen Aufwertungsprozeß mit einschneidendem Bewohneraustausch. Im Wohnhaus Korsörer Straße 5/6 zum Beispiel, in dem ich wohne,

Tablette des Monats

Bevölkerungsentwicklung im Sozialraum Falkplatz						
Im Jahr	In den Altersgruppen					Gesamt
	0-17 Jahre	18-26 Jahre	27-44 Jahre	45-64 Jahre	65 Jahre und älter	
1996	1.533	1.704	3.970	1.443	738	9.388
1997	1.312	1.533	3.897	1.364	662	8.768
1998	1.133	1.486	3.979	1.304	587	8.489
1999	919	1.433	3.563	1.177	500	7.642
2000	953	1.714	4.231	1.204	537	8.639
Entwicklung im Vergleich zu 1996 (=100)						
1999	59,9	84,1	89,7	81,6	67,8	81,4
Entwicklung im Vergleich zu 1999 (=100)						
2000	103,7	119,6	118,7	102,3	107,4	113,0

Quelle: 1. Sozialbericht des Bezirksamtes Prenzlauer Berg vom März 2000 und Angaben vom Bürgerverein Gleimstraß

sind nach der Privatmodernisierung nur noch drei von 44 Altmietern übrig geblieben. Nach meiner Schätzung sind etwa ein Drittel aller Wohngebäude bei uns mit ähnlichen Auswirkungen modernisiert. Und diese Privatmodernisierung geht weiter.

Daraus entstehende Kiezprobleme wollen wir aus der Sicht betroffe-

Der Sozialraum Falkplatz ist der Kiez zwischen Schönhauser Allee, Eberswalder Straße, dem Bahngelände am Gleimtunnel und dem S-Bahngraben (Nordring). Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadion, Max-Schmeling-Halle, Mauerpark und CinemaxX-Kino prägen ihn.

ner Bewohner begleiten oder thematisieren. Dazu sollen auch projektbezogene Bürgerinitiativen, wie die zum Kinderbauernhof, zur Kindertagesstätte und zur Schule, einbezogen werden oder unsere Möglichkeiten nutzen können. Unser Bürgerverein wurde im Juli vorigen Jahres gegründet. Er ist aus der Betroffenenvertretung Falkplatz hervorgegangen. Ihm gehören heute 17 Mitglieder an, darunter u.a. Dr. Michail Nelken, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist die Wohnbevölkerung im Gleimviertel seit 1996 zurückgegangen. Was sind die Ursachen dafür?

Da ist an erster Stelle auf die allgemeine demographische Entwicklung zu verweisen und insbesondere auf den Geburtenknick mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Wegfall der Kinderförderung, Reisefreiheit und Unsicherheit der Arbeitsplätze ließen die Geburtenrate auf ein Drittel fallen.

An zweiter Stelle nenne ich die ebenfalls allgemeine soziale Entmischung. Wer Arbeit und Geld hat zieht in die Stadtrand- oder Umlandsiedlungen, was ja auch durch Senat, Land Brandenburg und Bund auf Kosten der Innenstadtbereiche übermäßig gefördert wird.

Drittens sehe ich die Modernisierung und Sanierung in unserem Kiez selbst. Wer die Belastungen während der Bauzeiten und die höheren Mieten anschließend umgehen will, zieht in Bezirke, in denen die Modernisierung weniger stark dröhnt, zum Beispiel in den Friedrichshain.

Sind Änderungen in dieser Bevölkerungsentwicklung zu erkennen?

Ja, von 1999 auf 2000 gab es erstmals seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre wieder einen Zuwachs der Wohnbevölkerung. Das

ist aus meiner Sicht keinesfalls eine „Eintagsfliege“. Der starke Zuwachs in den Altersklassen 18-44 Jahre bringt offensichtlich nicht nur Studenten und Singles ins Viertel, sondern auch Familien mit Kindern.

Im Gleimviertel gibt es ein Quartiersmanagement. Wie ist dies für „Otto Normalo“ nutzbar?

Das Quartiersmanagement hat ein Vorort-Büro im Stadtteiltreff Kita-Gebäude (Gleimstraße 47/48). Im Stadtteiltreff haben die Quartiersmanager und der Bürgerverein regelmäßig Sprechstunden. Dort kann jede und jeder Auskunft und Beratung zu Kiezproblemen erhalten. Initiativen oder Anwohner können diese Räume für Treffen oder Versammlungen nutzen. Dort befindet sich auch der Sitz des Bürgervereins.

Was bringt das Quartiersmanagement?

Das Quartiersmanagement ist ein Kind des SPD-Landesvorsitzenden und Stadtentwicklungssenators Peter Strieder. Nach dessen Philosophie sollen in den Zeiten knappster Kassen und allgemeiner Rotstiftpolitik einzelne ausgewählte Quartiere zusätzliche Mittel für Kiezmaßnahmen erhalten. Und so fließen in das Gleimviertel am Haushaltsplan des Bezirkes vorbei jährlich eine Million DM. Dazu kommen ein Aktionsfonds von 30.000 DM je Jahr und für die Jahre 2001 und 2002 zusätzlich jeweils eine weitere Spritze von 500.000 DM. So unverständlich das Quartiersmanagement aus kommunaler Sicht auch sein mag, für das Gleimviertel ist es ein Chance.

Also alles „paletti“ im Gleimviertel?

Keinesfalls. Ich nenne nur vier gravierende ungelöste Probleme: Verkehr, Mauerpark, Jugendhaus und Gleimtunnel. Bei Großveranstaltungen in der Max-Schmeling-Hal-

Endlich auch an der Schmelinghalle:

Verkehrsberuhigung

le sind sogar freie Fahrten der Feuerwehr gefährdet. Früher war der Standort als Muster für autofreie Anbindung geplant. Als jedoch die damals ebenfalls geplante S-Bahn-Stichverbindung nach Gesundbrunnen gestrichen wurde, ist ein Verkehrschaos erster Güte produziert worden. Der Mauerpark, nur zu 30% fertiggestellt, ist übernutzt und in einem ruinösen Zustand. Das Jugendhaus sollte im Jahr 2000 bereits fertiggestellt werden. Es ist aber mit den Umbaumaßnahmen in dem Gebäude des ehemaligen Umspannwerkes noch nicht begonnen worden, weil das Bezirksamt lange Zeit nicht klären konnte, wer denn der Träger dieser so notwendigen Jugendeinrichtung werden soll. Der Gleimtunnel ist zwar denkmalgeschützt, aber dem Verfall nahe.

Was tut der Bürgerverein für die Kiezöffentlichkeit?

Der Bürgerverein Gleimviertel e.V. gibt vierteljährlich das „Falk-Blatt“ in 3.000 Exemplaren heraus. Darin wird über den Bearbeitungsstand der Kiezprobleme informiert. Dieses Blatt wird in ehrenamtlicher unentgeltlicher Arbeit hergestellt. Die Materialkosten werden aus dem Aktionsfonds des Quartiersmanagers gedeckt.

Der Bürgerverein hat auch ein Projekt in Arbeit, wonach im Kiez fünf Schautafeln aufgestellt werden sollen, die von allen Bürgerinitiativen und -einrichtungen benutzt werden können. Das Tiefbauamt des Bezirks hat die Aufstellung dieser Tafeln auf öffentlichem Straßenland leider abgelehnt. Jetzt bemühen wir uns um Anbringungsmöglichkeiten bei privaten Grundstückseignern.

Als der Senat gegen jede Vernunft und gegen den Widerstand der Anwohner beschloß, die Max-Schmeling-Halle im dicht besiedelten Gebiet Falk-Platz zu bauen, war vorauszusehen, welcher Ärger auf die Bürger zukommen würde. Bei Großveranstaltungen kommen Tausende Besucher mit ihren Pkws und parken jedes freie Plätzchen in der Umgebung der Halle zu. Zu diesen Zeiten herrscht ein totales Verkehrschaos. Diese unerträgliche Lage ist den Verantwortlichen in Senat und Bezirksamt bekannt, denn die Bürger haben es ihnen mehrmals auf Einwohnerversammlungen laut und deutlich gesagt.

Die neueste Bekundung des Bürgerprotestes erfolgte auf der „Planungszelle Falkplatz“. In einem „Politikerhearing“ mit Vertretern der vier Fraktionen der BVV forderten die Teilnehmer deutlich eine schnelle Lösung. Das von der früheren Stadträtin Dubrau initiierte Konzept einer Parkraumbewirtschaftung bringe keine Lösung. Es ist – wie Amtsnachfolger Hartmann (CDU) auf einer Bürgerversammlung erklärte – auch nicht finanzierbar. Ein Konzept des Bezirksamtes gibt es nicht. In der Diskussion verteidigte Karl Hennig (CDU) den Bau der Halle am jetzigen Standort und sah das Heil in einem großen Parkhaus. Er blieb mit seiner Meinung allein. PDS-Vertreter Erich Wetzl, Vorsitzender des Verkehrsausschusses der BVV, unterstützte die Vorschläge der Bürger und sagte zu, im Sinne der Bürgermeinungen einen Antrag in die BVV einzubringen. Unterstützung dafür signalisierte Klaus Mindrup für die SPD.



Fotos: Herbert Hanke

Der PDS-Vertreter hat inzwischen sein Versprechen eingelöst und dem Verkehrsausschuß der BVV einen konkreten Vorschlag unterbreitet. In einem Antrag an die BVV soll das Bezirksamt aufgefordert werden, mit der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei kurzfristig eine Regelung folgenden Inhalts zu vereinbaren, die nur während der Zeit von Großveranstaltungen in der Schmelinghalle gelten soll:

1. Die Seitenstraßen der Gleimstraße in der näheren Umgebung der Halle werden für Besucher gesperrt, Anwohner (mit einer Vignette) haben ebenso wie Taxis Zufahrt.

2. Die Polizei gewährleistet in der Gleimstraße und in den Seitenstraßen die ungehinderte Durchfahrt für Feuerwehr und Rettungswagen; sie geht konsequenter gegen illegales Parken während der Großveranstaltungen vor.

Der Senat trägt die Verantwortung für das Verkehrschaos um die Schmelinghalle, er ist in der Pflicht, etwas dagegen zu tun. Die Bürger dürfen nicht ausbaden, was der Senat verpfuscht hat.

Erich Ludwig



Planungszelle

Maßnahme des Quartiersmanagements zur Bewohneraktivierung: Aus dem Melderegister wurden in möglichst repräsentativer Zusammensetzung 60 Bewohner angesprochen. Dieses Gremium beriet an vier Tagen in drei Arbeitsgruppen – und darin wiederum auch in kleineren Gesprächsgruppen –, um Probleme des Gebietes zu erkennen und öffentlich bekannt zu machen. Heraus kam, was auch vorher schon bekannt war. Die Planungszelle wurde von einer wissenschaftlichen Institution organisiert und aus Mitteln des Quartiersmanagements bezahlt.

Neues von der Bundeswehr

Gästeschießen

Herr Lubawinski, unser aller Bezirksbürgermeister, ist für das Militärische. Er pflegt die Kameradschaft zur Bundeswehr, genauer zur Führungsunterstützungsbrigade 4, noch genauer: zu dem „Stab/Stabkp FüUstBrig4“. Das geht aus dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung „Arbeitsprogramm 2001“ von Vertretern des Bezirksamtes Pankow und „St/StKp FüUstgBrig4“ vom 12.2.2001 und aus einem Vermerk dazu vom 4.4.2001 hervor. 23 gemeinsame Maßnahmen sind für das Jahr 2001 geplant. So ist zum Beispiel Ende Juni ein gemeinsamer Weekend-Trip an die Ostsee vorgesehen. Kolobrzeg ist das Ziel. Bade-

wetter ist in der Hochsaison garantiert. „Die FüUstBrig4 entsendet 6 Personen (voraussichtlich Stabs-offiz.)“. Das Kfz wird vom BA Pankow gestellt. Klar, denn der Bund hat keine Knete. Die Bataille im Kosovo hat ein Schweinegeld gekostet und kostet weiter. Offiziell ist das Ganze ein Besuch in der Partnerstadt unseres Bezirks. Damit ist politisches Niveau gesichert. Und das dafür erforderliche Geld kriegt man bei den frei gewählten Demokraten in der BVV sicher durch.

Nebulös ist das „Gästeschießen“, welches laut Vermerk am 28.3.2001 „erledigt“ wurde. Kein Wort gibt es

darüber, auf welche Gäste man geschossen hat und ob dabei auch getroffen wurde.

Für den 15.5.2001 ist ein Vortrag des „S1 FüUstBrig4“ zur „Reform der Streitkräfte“ vorgesehen. „20 Leiter der Organisationseinheiten des BA Pankow oder Vertreter i.A. und 6 BA-Mitglieder“ werden dazu abkommandiert. Anschließend findet der „politische Dämmerchoppen“ des 1. Halbjahres statt. Dem ist Erfolg zu wünschen. Es kann ja dämmern bei einigen Demokraten. Eine Götterdämmerung beim Bezirksbürgermeister muß man ja nicht gleich erwarten.

Karl Kern

Ausstellung über Zwangsarbeit

Die Arbeit der Bezirksmuseen an dem gemeinsamen Forschungs- und



in Kooperation mit der „Geschichtswerkstatt“, dem „Verein

Ausstellungsprojekt Zwangsarbeit ist nicht im „Fusionstrubel untergegangen“ – wie in der letzten Ausgabe von extraDrei vermutet – im Gegenteil: seit dem Frühjahr 2000 arbeiten die drei Heimatmuseen der Fusionsbezirke gemeinsam im Verbund mit acht weiteren Berliner Museen an diesem Projekt. Das geschieht

gegen das Vergessen und für Demokratie“, den „Weißeener Heimatfreunden“ und dem „Freundeskreis der Chronik Pankow“.

Die Ausstellung, die im März 2002 eröffnet werden soll, wird einen von allen beteiligten Berliner Museen erstellten Einführungsteil, der 16 Tafeln umfaßt, enthalten, und einen zweiten Teil, der die Forschungsergebnisse aus Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee vorstellt. Bisher sind 125 Standorte von Produktionsstätten und Lagerunterkünften von Zwangsarbeitern im Großbezirk dokumentiert.

Die Forschungstätigkeit der drei Bezirksmuseen werden durch acht zusätzliche Mitarbeiter (Historiker,

Übersetzer, Fotografen) unterstützt und soll im III. Quartal beendet sein. In Vorbereitung befindet sich die Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zur Geschichte der Zwangsarbeiter im Bezirk. Gemeinsam mit den Lehrern sollen Unterrichtsmaterialien erarbeitet und Ideen für den Wettbewerb entwickelt werden: beispielsweise archäologische Grabungen mit den Schülern.

Die Ausschreibung des Wettbewerbs soll nach den Sommerferien erfolgen. Bis dahin muß allerdings die Finanzierung dieses Projektes durch die BVV gesichert werden.

Rainer Eigendorff
Kulturpolitischer Sprecher
der PDS-Fraktion

Frau Saager auf Sender Jerewan

Frau Saager, die CDU-Stadträtin, hatte Ende Januar zu einem Neujahrsempfang eingeladen – CDU-Granden mit dem Regierenden Bürgermeister an der Spitze und auch einige, die nicht dieser Partei angehören. Dazu vermutete die Berliner Morgenpost, daß Frau Saager für diesen CDU-Empfang (wie er unter der Hand bezeichnet wird) Gel-

der aus der Sozialabteilung des Bezirksamtes verwendet hätte. Dagegen ließ Frau Saager im März 2001 abdrucken: „Diese Vermutung ist falsch. Richtig ist, daß Frau Saager für einen gemeinsamen Neujahrsempfang der Stadträtin für Gesundheit/Soziales und Wirtschaft sowie der Schönhauser Allee Arcaden keine Mittel aus dem Fonds

für Altenarbeit verwendet hat.“ (Berliner Morgenpost am 5.3.2001) Aber versucht hatte sie es. Sie wollte die Rechnung für die teuren Einladungskarten (500 Stück für 1.073,00 DM) in der Sozialabteilung unterbringen. Das hat allerdings nicht geklappt und relativiert ihre Gegendarstellung.

Karl Kern

Mehlbocks

Leser schreiben

■ Mehr Mut Genossen!

Seit Jahren verteile ich 80-90 Exemplare der jeweiligen Ausgabe von „Prenzlberger“/„extraDrei“ im Blumenviertel und in der KGA „Am Volkspark Prenzlauer Berg“. So auch die Märzausgabe von „extraDrei“. Die Schwestern F. sind nicht da, ich darf aber bei Familie S. klingeln.

Fazit des unverhofften Besuches: 1. Wir wissen noch lange nicht, wer alles darauf wartet, von uns angesprochen zu werden. 2. Ich habe mehrere neue Leser für „extraDrei“ gewonnen. 3. Nicht jedes „Erschwernis“ ist negativ zu bewerten.

Wenn dann der Herausgeber von „extra Drei“ dafür sorgt, daß dieses Blatt interessant mit Neuigkeiten geschrieben ist, die sonst nirgends zu lesen sind und obendrein kritische und selbstkritische Beiträge dem Leser bietet, dann wird es uns auch gelingen, bisherige Leser zu halten und neue zu gewinnen.

Siegfried Mechler

■ Klassengesellschaft

Zu den Beiträgen „Zu Karow befragt“ und „Karow – Mitten im Grünen“ (Märzausgabe) möchte ich als Neu-Karower Mieter (seit 6 Jahren) auch ungefragt meine Meinung sagen. Die Fragen der Infrastruktur, die Detlef Mendau anspricht, sind bekannt. Seit Baubeginn hat es vor allem der damalige Baustadtrat Hampel (SPD) verschlampt, hier eine ordentliche Planung mit zeitgleicher Fertigstellung zum Wohngebiet zu erreichen. Man vertraute der Baustraße, bis sie geschlossen wurde. Die neue Straße hat die Anwohner am Hohen Feld auf den Plan geru-

fen. Sie haben eine Bürgerinitiative gebildet, was wieder langwierige Prozesse befürchten läßt. Was überhaupt nicht akzeptiert werden kann, ist die Tatsache, daß Alt-Einwohner Kosten für den Bau einer Straße tragen müssen, die der Anbindung eines Neubaugebietes dient, mit dem sich die Groth-Gruppe eine goldene Nase verdient hat. Die Kosten für den Straßenbau sollten von denen getragen werden, die – wie Herr Groth – zeigen, was aus Karow herauszuholen ist. Nach der (offiziellen) Spendenliste ist Groth drittgrößter Spender für die CDU Berlin.

Was aber in „extraDrei“ gar nicht thematisiert wurde, ist die Teilung von Neu-Karow in Mieter erster und zweiter Klasse. So gilt der Versand des Mitteilungsblattes „Karow – aktuell“, und damit die Einbeziehung der Mieter in Vorhaben der Allod und Gehag wie z.B. Fahrten, Veranstaltungen, Preisausschreiben, nicht für Mieter der Gesobau. Die will (oder kann) sich nicht an den Kosten dafür beteiligen. Sie hat aber einen beträchtlichen Anteil an Sozialwohnungen. Die Mieter wurden (natürlich) nicht gefragt. Auch der Sicherheitsdienst betreut das Gebiet der Gesobau, in dem sich auch der Jugendklub befindet, nicht. Neu-Karow ist also kein einheitliches Neubaugebiet sondern sozial gestaffelt.

Um es abschließend zu sagen: Trotzdem wohne ich gerne in den schönen Neubauten mit ihrem grünen Umfeld. Im Vergleich zu meiner früheren Wohnung im Plattenbau ohne Fenster in Bad und Küche habe ich heute deutlich an Wohnwert gewonnen. Allerdings bei zehnfach höherer Miete, was die geübten Rentenerhöhungen um ein mehrfaches übersteigt. *Gerhard Rosenberg*

■ Auf Schmalspur

Der „Pankower Spiegel“, den ich jahrelang ausgetragen habe, kam bei meinen Abnehmern an. Er war eine echte Kiez-Zeitung – kein schmalspuriges Parteiblättchen, wie es zur Zeit „extraDrei“ ist. Mit der neuen „Kiezzzeitung“ kann ich mich nicht identifizieren. Im Gegenteil: sie stößt nur ab, wie meine ersten Umfragen ergaben. Wenn es nicht umgehend eine neue Qualität gibt, dann stelle ich die Zustellung in meinem Kiez ein.

Außerdem wünsche ich mir einen PDS-Fraktionsvorsitzenden, der die Gesamtbelange des neuen Bezirkes und die der Pankower überzeugender vertritt. Eine solche Lachnummer wie im Zusammenhang mit der Bezirksnamensgebung, die aus meiner Sicht weitgehend auf sein Konto geht, kostet uns nicht wenige Wählerstimmen. *Horst Lang*

Neue Zeiten

Unsere Geschäftsstelle, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76, hat verlängerte Öffnungszeiten:

Montag	9.30 bis 18.30 Uhr
Dienstag	13 bis 20 Uhr
Mittwoch	13 bis 18.30 Uhr
Donnerstag	9.30 bis 20 Uhr

Jeweils Dienstag und Donnerstag ist zwischen 18 und 20 Uhr ein Mitglied des Bezirksvorstandes anwesend.

Auch der Kieztreffpunkt in der Wolfshagener Straße 56 ändert seine Öffnungszeiten: Montag bis



Donnerstag zwischen 14 und 18 Uhr. Dienstags und Donnerstags kann hier auch Beitrag abgerechnet werden. *L.D.*

Entwarnung!

Für alle treuen Kunden des traditionsreichen Eisenwarenladens in der Ossietzkystraße zur Beruhigung: Sie werden auch in Zukunft den ihnen lieb gewordenen Spezialladen nicht missen müssen und sich an dem erweiterten Sortiment erfreuen können. Einige Kunden haben die berechtigte Sorge (vgl. Aprilausgabe) mißverstanden und geglaubt, auch dieser Laden würde schließen. Das ist nicht der Fall. *E.S.*

Gedenken und jüdische Kultur

Offenes Haus in Pankow

Von den bisher über 20 ehemaligen Zöglingen des einstigen Jüdischen Waisenhauses in der Berliner Straße 120/121, die sich zur Neueröffnung als Begegnungs- und Erinnerungsstätte am 11. und 12. Mai angekündigt haben, schrieben einige ihre Lebensgeschichten auf. Auch Professor Leslie Baruch Brent (damals Lothar Baruch) wird unter ihnen sein, der sich Ende November 1989 mit einem Artikel in der britischen Tageszeitung „The Guardian“ des Waisenhaus-Lehrers Heinz Nadel erinnerte. Der „stille Held von Berlin“ (Quiet hero of Berlin, so die Überschrift) trat bei einem Naziüberfall auf das Waisenhaus im Sommer 1938 mutig und ruhig mit einem Kind auf dem Arm den Schlägerhorden entgegen, die überrascht und verwirrt ihr Zerstörungswerk stoppten und das Haus verließen.

Die Mehrzahl der anreisenden Gäste des Treffens in der Berliner Straße kommt aus Großbritannien, Israel und den USA, einige aus Kanada, Argentinien und Schwe-

den. Drei Ehefrauen kehren in Erinnerung an ihre inzwischen verstorbenen Männer in das Haus zurück. Als Ehemaliger wird auch der Schriftsteller Jan Koplowitz erwartet.

Vor der festlichen Eröffnung zieht in der ersten Maiwoche schon die Pankower Bezirksbibliothek ein. Spätestens zur offiziellen Premiere erinnert eine im Eingangsbereich vom Pankower Bildhauer Alexander Polzin geschaffene Gedenkwanne an jüdisches Leben in Pankow, auch mit den Namen der 579 in Todeslager deportierten örtlichen jüdischen Bürger. Vor dem einst von der Familie Garbáty ausgestatteten Betsaal im ersten Geschoss ist leihweise der Thoravorhang ausgestellt, den Josef Garbáty im Gedenken an seine verstorbene Frau stikken ließ. An der Rückwand des Synagogensaals wird eine ständige, jeweilig aktualisierte Ausstellung die Geschichte des Waisenhauses darstellen. Gedacht ist auch an Pankower Wanderausstellungen im Flur sowie Wandvittrinen vor den

Saaltüren. Gegenüber des Betsaales findet die Caritas-Schwesternschule ihr Domizil.

„Das Gebäude soll mit Leben erfüllt werden“, betont Prof. Dr. Peter-Alexis Albrecht als Hausherr für die Dr.-Walter-und-Margarete-Cajewitz-Stiftung. In diesem Sinne wird auch der Saal als Erinnerungs- und Kulturstätte mietfrei zur Verfügung stehen.

Für die originalgetreue Deckenrekonstruktion übergab die Deutsche Klassenlotterie 400.000 DM.

Das zweitägige Eröffnungsprogramm, unter Teilnahme des Garbáty Enkels Thomas, sieht unter anderem Ansprachen von Politikern und Kuratoriumsmitgliedern des Fördervereins vor, auch die Friedrich-Ebert-Stiftung ist beteiligt. An beiden Tagen kann das Haus besichtigt werden. Einer der Höhepunkte am Sonnabend um 15.15 Uhr: Gedankenaustausch ehemaliger Zöglinge mit Pankowern, Gesprächsführung Christa Wolf. Die Schriftstellerin liest ab 19 Uhr aus „Kindheitsmuster“.

Marianne Wilczynski

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2. Mai
17.30 Uhr Basistag des Ortsverbands Weißensee, Treffpunkt Links, Pistoriusstraße 24 | 15. Mai
19 Uhr „Stadtentwicklung in Berlin“ – Diskussion mit Katrin Lomp-scher, Seniorenfreizeitstätte Husemannstraße 12 | 29. Mai
17 Uhr „Wie weiter mit dem Schulangebot im Großbezirk? – Gespräch mit Stadträtin Christine Keil (PDS) im Treffpunkt Links |
| 3. Mai
19 Uhr Bezirksvorstand, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76 | 16. Mai
19 Uhr AG Politische Bildung, Laden im Dritten | 30. Mai
18 Uhr AG Politische Bildung: „Globalisierung und die Konsequenzen für die programmatische Debatte in der PDS“ – Diskussion mit Ulla Lötzer (MdB), Laden im Dritten |
| 8. Mai
Tag der Befreiung
10 Uhr Kranzniederlegungen am Ostseeplatz und am Ehrenmal Schönholz
18 Uhr „Kosovo und die Europäische Union“ – Bürgerforum mit Manfred Müller (MdB), Treffpunkt Links | 17. Mai
16 und 19 Uhr Basistag, Laden im Dritten | 31. Mai
17 Uhr BOen 2/3/4 Weißensees laden ein zum Grillfest auf der Freifläche der Kita in der Bühringstraße |
| 9. Mai
18 Uhr Treff OV Tautviertel, Seniorenfreizeitstätte Grellstraße 14 | 19. Mai
11 Uhr Politischer Frühschoppen zum Buchholzer Frühling (weitere Veranstaltungen bitte unter Telefon 4 75 84 72 erfragen)
10-18 Uhr „Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung“ – Konferenz der Hellen Panke (Unkostenbeitrag 10 DM) | 5. Juni
19 Uhr Bezirksvorstand, Laden im Dritten |
| 11.-13. Mai
„Strategien gegen Rechts“ – Konferenz der PDS, Sport- und Kongreßzentrum Berlin-Hohenschönhausen | 22. Mai
19 Uhr Bezirksvorstand, Laden im Dritten | 7. Juni
16 und 19 Uhr Basistag, Laden im Dritten |

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper,
Klaus Gloede
und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß: 17. April 2001
Druck: double express Auflage: 17.500

Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt. Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe wird voraussichtlich am 15. Mai 2000 sein.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.